



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 09.11.2018

Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner: Sozialer Arbeitsmarkt verbessert die Perspektiven vieler Menschen in der Region.

Mit dem gestern vom Bundestag beschlossenen Arbeitsmarktprogramm für Langzeitarbeitslose, dem sogenannten Sozialen Arbeitsmarkt, wird laut Glöckner ein wichtiges SPD-Vorhaben umgesetzt, das für viele Menschen neue Perspektiven eröffnet.

Langzeitarbeitslose in der Region können künftig mit staatlich geförderten Mitteln den Wiedereinstieg ins Berufsleben schaffen. 2019 stehen den Jobcentern in der Region Pirmasens, Zweibrücken und Landkreis Südwestpfalz knapp 1,5 Mio. Euro mehr für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung als im Jahr 2018. Das hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der SPD-Abgeordneten mitgeteilt. *„Für die Langzeitarbeitslosen ist das ein echtes Plus. Damit können die Jobcenter ihnen zielgenau helfen und sie besser in Arbeit vermitteln“*, freut sich die Abgeordnete, die sich während der Verhandlungen zur Gesetzesnovelle in Berlin auch für eine deutliche Mittelaufstockung eingesetzt hat.

Das Jobcenter Pirmasens erhält 2019 demnach rund 815 000 Euro zusätzlich im Vergleich zum Vorjahr, beim Jobcenter Zweibrücken steigen die Mittelzuweisungen um knapp 300 000 Euro. Auf den Kreis Südwestpfalz entfallen etwas mehr als 350 000 Euro mehr. Das sind insgesamt etwa 4,9 Mio. Euro für Pirmasens und jeweils rund 2 Mio. Euro für Zweibrücken und den Landkreis Südwestpfalz. Für die neuen Leistungen werden bundesweit bis ins Jahr 2022 zunächst 4 Milliarden Euro eingesetzt.

Neben diesem Mehr an Mitteln wird die Region auch von zusätzlichen Finanzierungsquellen für den Sozialen Arbeitsmarkt profitieren, der heute im Bundestag beschlossen wurde. *„Es ist gut, dass der Soziale Arbeitsmarkt endlich kommt. Menschen, die schon sehr lange nach Arbeit suchen, können wir endlich wieder in Arbeit bringen. Das verbessert nicht nur die persönliche Situation der Betroffenen sondern nützt auch der Volkswirtschaft insgesamt und entlastet die Kommunalen Kassen“*, so die SPD-Abgeordnete.